Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 168. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 11. April **1907.**

Das Submissionswesen.

Die neueste Nummer des „Reichsarbeitsblattes" lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Veröffentlichung der Abteilung für Arbeiterstatistik über „Die Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Vergebung öffentlicher Arbeiten, insbesondere in deutschen Städten.* Dies Werk unterzieht die Frage der Regelung des Arbeitsverhältnisses innerhalb des Submissionswesens einer eingehenden Prüfung und gelangt zu Ergebnissen, die für den Sozial- und Kommunalpolitiker von hervorragender Wichtigkeit sein müssen. An der Hand des Resumés des „Reichsarbeitsblattes" seien hier die Hauptergebnisse kurz wiedergegeben.

„An sich liegt im Verdingungswesen", so heißt es in der genannten Arbeit, „leicht die Tendenz zum Druck auf das Arbeitsverhältnis. Der Gewinn des Unternehmers, der bei Vergebung öffentlicher Arbeiten den Zuschlag z. B. auf Grund des Mindestgebots erhält, wächst, je mehr es ihm gelingt, bei Ausführung der übernommenen Arbeiten die Selbstkosten herabzusetzen. Unter diesen Selbstkosten ist die Arbeitszeit, Arbeitslohn ein nicht unerheblicher Faktor. Die ökonomische Tendenz geht also dahin, die Möglichkeit der Herabdrückung der Selbstkosten auch auf Kosten der Arbeitsbedingungen so auszunutzen, daß der Gewinn die möglichste Höhe erreicht. Verstärkt wird diese Tendenz, wo für die Verdingung das Prinzip gilt, dem Mindestbietenden den Zuschlag zu erteilen. Eine andere Frage ist es freilich, inwieweit diese ökonomische Tendenz im einzelnen zu Lasten der Arbeit sich durchzusetzen vermag. Die Organisation der Arbeiter, der Abschluß von Tarifverträgen und manches andere haben hier Gegengewichte geschaffen, die in Deutschland wenigstens ein sehr starkes Hindernis gegen die Ausnutzung der eben geschilderten Tendenz bedeuten. Außerdem ist man aber auch und zumal im Auslande bemüht gewesen, das Submissionswesen so zu gestalten, daß die Gefahr des Druckes auf das Arbeitsverhältnis, die mit ihm verbunden ist, schon durch die Art der Vergebung beseitigt wurde."

In Großbritannien wurde das hier vorliegende sozialpolitische Problem am frühesten angepackt, und zwar infolge der Agitation der Gewerkvereine. Eine im Jahre 1888 bis 1889 vom Oberhause eingesetzte Kommission ermittelte, daß das Submissionsverfahren der englischen Regierung wesentlich zur Entstehung und Verbreitung des Schwitzsystems beigetragen habe. Es wurden Vorsichtsmaßregeln empfohlen, um gerechte und annehmbare Arbeitsbedingungen bei Vergebung öffentlicher Arbeiten zu sichern. Das englische Unterhaus tat im Jahre 1891 den weiteren Schritt, in der Annahme der sogenannten „fair wages"-Resolution der Regierung folgenden Beschluß zu unterbreiten: „Das Haus hält es für die Pflicht der Regierung, in allen Regierungskontrakten Vorsichtsmaßregeln gegen die Schäden zu treffen, die kürzlich von der „Schwitzkommission" zutage gefördert wurden; Bedingungen sind in alle Regierungskontrakte einzufügen, welche die „Mißbräuche", die sich aus Afterverdingungen ergeben, verhüten und welche den Arbeitern einen Lohn sichern, der für tüchtige Arbeiter in den betreffenden Gewerben allgemein als normal anerkannt wird." Der Beschluß wurde nicht nur von den staatlichen Behörden Englands praktisch befolgt, sondern auch bei 392 kommunalen Behörden in England, 53 Lokalbehörden in Schottland und 43 Ortsbehörden in Irland wurden in die Submissionsverträge Bedingungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit aufgenommen. Die berufsüblichen Löhne, die Tariflöhne oder, wo Tarife fehlen, die Gewerkschaftslöhne wurden als sog. „Standardlöhne" angenommen und die Zahlung dieser Löhne auch für die öffentlichen Betriebe vorgeschrieben. Eine ähnliche Entwickelung des Lohnschutzes innerhalb des Submissionswesens hat sich in den englischen Kolonien, in Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Oesterreich und den Vereinigten Staaten vollzogen. In der Schweiz ist sie im Entstehen begriffen. In Victoria in Australien sind sogar die Löhne für jedes einzelne Gewerbe generell fixiert. In Kanada die ortsüblichen Löhne als Submissionslöhne gesetzlich festgelegt worden. Es ist also, wie das Werk hervorhebt, internationale Tatsache, daß die Behörden, seien es staatliche, provinzielle oder kommunale, sich darum kümmern, unter welchen Arbeitsbedingungen die von ihnen zu vergebenden Arbeiten ausgeführt werden. Man wollte die Möglichkeit ausschließen, daß unangemessene Löhne und Arbeitsbedingungen in solchen Fällen vorkommen.

Von deutschen Bundesregierungen ist bisher nur Württemberg auf dem hier angedeuteten Wege vorgegangen mit seiner Bestimmung, daß der Unternehmer an die von ihm angegebenen Arbeitslöhne und Arbeitszeit oder, soweit Tarifgemeinschaften oder ähnliche Vereinbarungen zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen, an die von diesen festgestellten Arbeitsbedingungen gebunden ist. Weiter sind dagegen einzelne Stadtverwaltungen gegangen, so Straßburg i. E. und Mülhausen, welche die zu zahlenden Löhne selbst festsetzen. Eine ganze Reihe von Städten schließen die Firmen aus, die nicht die orts- und berufsüblichen Löhne zahlen, so München, Augsburg, Fürth, Ludwigshafen, Karlsruhe, Pforzheim, Frankfurt. Die Berücksichtigung der Tarifgemeinschaft ist zur Pflicht gemacht in München, Stuttgart, Ulm, Freiburg, Fürth, Straßburg, zum Teil auch in Schöneberg, Breslau, Köln, Mainz und Ludwigshafen.

Gewiß ist, daß starke Arbeiterorganisationen einem Druck auf die Lohnhöhe bei Submissionen Widerstand zu leisten vermögen; es ist aber zu berücksichtigen, daß die Arbeiterorganisationen in Deutschland mit rund 2 Millionen Arbeitern nur 1/4 bis 1/3 der in der Industrie tätigen Arbeiter umfassen. Bei dieser Sachlage wird man, so führt das Reichsarbeitsblatt aus, die Bedeutung behördlicher Sicherung angemessener Arbeitsbedingungen bei Vergebung öffentlicher Arbeiten doch nicht ganz unterschätzen dürfen. Das kaiserliche Statistische Amt ist der Ansicht, daß der Ausbau von Tarifverträgen das Vorgehen der Verwaltungen auf diesem Gebiete erleichtern werde.

Das Verdienst der Abhandlung beruht vor allem darin, daß es den Sozialpolitikern den Weg zeigt, den Mißständen, die man als soziale Frage zusammenzufassen gewohnt ist, endlich einmal auch auf eine andere Weise als durch das eine einzige Mittel der Versicherung zu Leibe zu gehen. Hatte doch das Versicherungswesen eine solche faszinierende Wirkung auf die sozialpolitischen Kreise ausgeübt, daß man alle Schäden mit ihm zu kurieren glaubte; wenn jetzt außerdem einmal die Hand an das Lohnproblem und die Fragen der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen gelegt wird, so kann man daraus nur eine ersprießliche Förderung sozialpolitischer Erkenntnis erwarten, die sich hoffentlich auch in den Körperschaften des staatlichen und kommunalen Lebens durchzusetzen verstehen wird. F. W.

* Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, Carl Heymanns Verlag, Berlin 1907. Bd. 6: Beiträge für Arbeiterstatistik. Referent: Regierungsrat Dr. Leo.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Reichstags- und Landtagsabgeordneter Kopsch, der bewährte freisinnige Kämpe, feierte am diesem Mittwoch mit seiner Gemahlin das Fest der silbernen Hochzeit. Julius Kopsch ist am 7. Januar 1855 in Beuthen in Niederschlesien geboren und jetzt bekanntlich Rektor in Berlin. Seine Frau Helene ist aus Görlitz gebürtig, wo Herr Kopsch in den Jahren 1877 bis 1879 Lehrer war.

Das Programm für die Homburger Kaisertage.

Die Ankunft des Kaiserpaares in Homburg v. d. H. ist nunmehr bestimmt für Mittwoch, den 17. April, angekündigt, und zwar trifft die Kaiserin mit der Prinzessin Viktoria Luise vormittags 8 Uhr von Berlin ein, während der Kaiser etwa zwei Stunden später aus Bückeburg kommt. Der Aufenthalt des Kaisers wird sich bis zum 27. April hinziehen. An diesem Tage fährt er nach Straßburg. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise, denen im Vorjahr die Homburger Kur vortrefflich bekommen ist, werden auch diesmal eine Trink- und Badekur gebrauchen; und bis zum 12. Mai in Homburg bleiben, der Kaiser nimmt nur eine Luftkur.

Der Vorstand der Freisinnigen Vereinigung.

Der am Sonntag von dem Delegiertentage des Wahlvereins der Liberalen gewählte Vorstand der Freisinnigen Vereinigung hat sich sofort nach Schluß der Verhandlungen konstituiert und den geschäftsführenden Ausschuß bestellt, der sich aus folgenden Herren zusammensetzt: Schrader, Gothein, Dr. Barth, Dr. Naumann, Direktor Mommsen, Direktor Ernst, Dr. Paul Nathan, Direktor Stern und v. Gerlach. Zum Vorsitzenden wurde Herr Direktor Schrader, zum Schatzmeister Herr Direktor Mommsen wiedergewählt.

Englische Journalisten in Deutschland.

Die englischen Journalisten werden sich nach dem gegenwärtigen Programm vom 27. Mai bis 6. Juni in Deutschland aufhalten. Sie besuchen zunächst Bremen, dann Hamburg und Berlin und treffen am 1. Juni mittags in Dresden ein. Noch am Abend desselben Tages werden die Besucher nach München reisen, dann Frankfurt a. M. und Homburg berühren und am 6. Juni die Reise in Köln abschließen. Leipzig scheint hiernach außerhalb des Programms der englischen Journalisten zu liegen, obwohl ein solcher Besuch anfangs in Aussicht stand.

Zur Frage der Schiffahrtsabgaben.

Die Gerüchte, wonach Baden seine ablehnende Haltung gegen die Einführung der Rheinschiffahrtsabgaben aufgegeben haben soll, entbehren nach der „Köln. Ztg." der Begründung; sie sind durch die dieser Tage im „Staatsanzeiger" erfolgte Veröffentlichung des wegen der Kanalisierung des Mains zwischen Preußen, Bayern, Hessen und Baden abgeschlossenen Staatsvertrages entstanden. Es ist aber ausdrücklich festgelegt worden, daß der Stellung, die die vertragschließenden Staaten zur Frage der Einführung von Schiffahrtsabgaben einnehmen, in keiner Weise vorgegriffen werden soll. Die badische Regierung hat diese ablehnende Haltung auch nicht aufgegeben; sie würde sich damit nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit der Ansicht der Handelskammern und der Städte des Landes in Widerspruch setzen. Das Zentrum scheint sich allerdings schon auf einen Umfall einzurichten.

Etwas für Raritätensammler.

— In einem Berliner Juwelierladen werden Stablewskis erzbischöfliche Insignien zum Verkauf ausgeboten. Der Vorfall ist auffällig, weil laut „Dziennik" die Insignien einer katholischen Kirche Posens gehören.

Politisches.

— Die „Lib. Korr." schreibt: In den Kommentaren der Presse über den Delegiertentag der Freisinnigen Vereinigung finden sich neben tendenziösen Verdächtigungen, wie man sie von den agrar-konservativen Blättern gewöhnt ist und die daher einer Widerlegung nicht erst bedürfen, auch einige tatsächliche Unrichtigkeiten, die zu Mißverständnissen und unzutreffenden Schlußfolgerungen führen können. Von den Parlamentariern der Freisinnigen Vereinigung waren die in Berlin bezw. zurzeit in Deutschland weilenden Abgeordneten fast sämtlich auf dem Delegiertentag erschienen. Mehrere Herren, wie die Abgg. Dr. Pachnicke, Broemel, Direktor Mommsen, Dr. Dohrn, waren nur aus dem Grunde nicht anwesend, weil sie von ihrer parlamentarischen Ferienreise nach dem Süden noch nicht zurückgekehrt waren. Ferner ist die von einem angesehenen nationalliberalen Blatt verbreitete Behauptung, daß die Delegiertenversammlung „hinter geschlossenen Türen getagt" hat, wohl nur eine Fluchtigkeitsannahme gewesen. Die Freisinnige Vereinigung hat, wie jeder, der ihren Parteitagen beizuwohnen Gelegenheit gehabt hat, weiß, niemals die öffentliche Berichterstattung von ihren Parteitagen ausgeschlossen. Auch diesmal haben die Verhandlungen in vollster Oeffentlichkeit stattgefunden, wie ja auch die große Zahl der selbständigen Berichte über diese Verhandlungen bekundet.

Parlamentarisches.

— Zentrum und Sozialdemokraten im Reichstage scheinen ein stillschweigendes Uebereinkommen getroffen zu haben, die Etatsberatungen im Reichstage möglichst lange hinauszuziehen, um einen Schluß der Session vor Pfingsten zu vereiteln. Für den Etat des Reichsamts des Innern hat das Zentrum jetzt schon außer dem Abg. Trimborn, der die Debatte darüber heute eröffnete, noch die Abgg. Giesberts, Macken, Schiffer, Niedeberg und Becker als Redner designiert. Die Sozialdemokraten dürfen natürlich an „Pflichteifer" hinter ihren Wahlbundesgenossen nicht zurückstehen und werden ebenfalls zum Etat des Reichsamts des Innern ein reichliches halbes Dutzend Redner ins Treffen schicken. Bei dem Kolonialetat soll sich dann dasselbe Manöver wiederholen. Die Herren Erzberger, Roeren und Genossen wollen alsdann mit ihrem gesamten „Material", wie Herr Schädler erst kürzlich versichert hat, „auspacken" und die Sozialdemokraten können sich dann, schon aus Konkurrenzrücksichten, natürlich gleichfalls „keinen Zwang" auferlegen. Außerdem wird beim Etat des Reichskanzlers Fürst Bülow vom Zentrum noch deswegen „gestellt" werden, wie die gesamte Zentrumspresse ankündigt, weil er es unterlassen hat, bei der Generaldebatte den Abgg. Schädler und Frhr. von Hertling Rede und Antwort zu stehen. Desgleichen ist beim Etat des Reichskanzlers sowohl von sozialdemokratischer wie von klerikaler Seite eine Interpellation über unsere derzeitige Stellung in der internationalen Politik angekündigt, deren Beantwortung ja allerdings im allgemeinen Interesse unbedingt erforderlich ist. Wenn man sich aber vergegenwärtigt, daß im vorigen Jahre allein die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern infolge des Massenaufgebots von Rednern des Zentrums und der Sozialdemokratie nicht weniger wie 16 Sitzungstage in Anspruch genommen hat, so eröffnet sich für die Dauer der bevorstehenden Etatsberatungen recht angenehme Verspektiven. Hoffentlich werden die Blocparteien genügende Disziplin über ihre Mitglieder besitzen, um sie so zahlreich präsent zu haben, daß den zwecklosen Phrasendreschereien im gegebenen Moment ein Ziel gesetzt werden kann.

Verwaltung und Rechtspflege.

— Die Verurteilung des „Simplizissimus" durch ein Hamburger Gericht lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die leidige Institution des fliegenden Gerichtsstands der Presse. Selten bringt ein Gerichtserkenntnis so klar wie das Hamburger Urteil zum Ausdruck, daß der „genius loci" sowohl in den Urteilsgründen, wie bei der Strafabmessung eine ganz hervorragende Rolle gespielt hat. „Man darf", so bemerkt die „Liberale Korrespondenz", „ohne die sachliche Objektivität der Hamburger Richter irgendwie in Zweifel zu ziehen, getrost behaupten, daß jedes Gericht in jeder anderen Stadt ein für den Angeklagten milderes Urteil gesprochen hätte. Es sind nicht allein die Angehörigen der Presse, die unter dieser durch den fliegenden Gerichtsstand der Publizistik gesetzlich festgelegten Schikanierungsmöglichkeit zu leiden haben, auch das Ansehen der Justiz selbst im Volke kann durch derartige Urteilssprüche unmöglich gewinnen. Hier ist auch ein großes und bisher leider nur sehr wenig beackertes Gebiet, auf dem liberale Reformen unbedingt notwendig sind. Mit der Aufhebung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse und der Aufhebung des Zeugnisszwangs, der zu demselben Kapitel gehört, würde der Reichskanzler den Zusammenhalt der neuen Mehrheitsparteien im Reichstage ganz wesentlich fördern. Der Reichskanzler braucht sich gegen eine solche Reform um so weniger zu sträuben, als den Konservativen, die an der Aufhebung dieser lästigen Institution zum mindesten dasselbe Interesse haben wie die Liberalen, dabei keinerlei Verzicht auf einen Programmpunkt zugemutet wird.

Sozialpolitik.

— In Fortsetzung der vom Reichsamte des Innern veranlaßten Erhebung über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge im Fleischergewerbe hat der Beirat für Arbeiterstatistik Gutachten darüber eingefordert, ob und inwieweit durch die Länge der Arbeitszeit Schädigungen der Gesundheit, der Fortbildung und des Familienlebens der in diesem Gewerbe tätigen Personen bemerkt worden sind, und ob eine Regelung der Arbeitszeit notwendig und durchführbar erscheint. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind jetzt als Drucksache des kaiserlichen Statistischen Amtes erschienen.

Heer und Flotte.

— Generalmajor z. D. Emil Jacobi ist am Montag zu Florenz gestorben.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des Berichts der Morgen-Ausgabe.)

Abg. **Trimborn** (Ztr.) bringt sodann einen sehr umfangreichen sozialpolitischen Wachzettel vor. Er verlangt Ausdehnung der Sonntagsruhe, sanitären Maximalarbeitstag, verstärkten Arbeiterschutz in der Glas- und Hüttenindustrie, ferner im Baugewerbe, eine Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in gesundheitsgefährlichen Industrien, einheitliche Bestimmungen für die Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Versicherung der Privatbeamten. Ob die Sozialdemokraten ihre Taktik ändern oder nicht, dies kann uns nicht tangieren. Wir werden nach wie vor energisch auf die Fortführung der Sozialpolitik drängen; wenn wir dies nicht tun würden, so würden wir damit der Sozialdemokratie den größten Dienst tun und sie würde bald wieder ihre alte Mandatsstärke erhalten. (Beifall im Zentrum.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070411022/fragment/page=0001

Abg. Bauermann (ntl.): Die letzten Ausführungen des Abg. Trimborn kann ich nur unterstützen. Ich hoffe, daß der neue Reichstag eine Reihe von sozialpolitischen Aufgaben lösen wird. Ich glaube, man würde es im ganzen Lande bedauern, wenn der sozialpolitische Stillstand andauern sollte. Herr Trimborn hat eine Uebersicht gegeben über die Aufgabe der Sozialreform und die Aufgaben, die uns zunächst beschäftigen werden. Seine Darlegungen beweisen den großen Umfang, den das sozialpolitische Gebiet gewonnen hat. Ich will dem Abg. Trimborn darin nicht folgen, ich will nicht alle Initiativanträge besprechen, die hier eingebracht sind. Es liegen wohl anderthalb hundert Anträge vor, die das große Interesse bekunden, das die Sozialpolitik im ganzen Lande genießt. Ich habe das Reichsgesetzblatt durchgesehen und gefunden, daß in sozialpolitischer Beziehung manches Vacuum besteht. Der Reichstag ist allerdings auch nicht planmäßig vorgegangen, wie die große Anzahl von Initiativanträgen beweist. Und es ist nicht zu erwarten, daß dieses Verfahren sich ändern wird. Ob wir in dieser Session ein sozialpolitisches Gesetz machen werden, steht noch dahin, ich hoffe nicht, daß die Verbündeten Regierungen sich wieder auf den kleinlichen Standpunkt stellen und die Session wieder schließen, so daß eine große Anzahl von Arbeiten wieder unter den Tisch fallen. Die rein politischen Fragen sind in letzter Zeit mehr in den Vordergrund getreten, wie das Vereins- und Versammlungsrecht beweist. Da scheint es an der Zeit, auch das Wahlgeheimnis mehr zu sichern, mit den Wahlurnen wird viel Unfug getrieben, der durch automatische Vorrichtungen beseitigt werden kann. Notwendig wird es sein, die Rechtsfrage der Tarifverträge zu regeln. Sie alle wissen, welche große Rolle jetzt Streiks und Aussperrungen spielen. Deshalb müssen wir Friedensorganisationen schaffen, wir halten Arbeitskammern hierfür sehr geeignet, haben sie wiederholt verlangt. Durch sie würden viele Streiks verhindert werden. Das Reichsamt des Innern sollte wenigstens an die Vorarbeiten gehen. Wir haben auch eine Anzahl von Resolutionen gestellt, u. a. über die Sonntagsruhe in Kontoren, die die einzelnen Redner meiner Fraktion noch begründen werden. Ferner verlangen wir eine Regelung der Sonntagsruhe im Binnenschiffahrtsverkehr, eine Forderung, die wir seit vielen Jahren schon vertreten. Redner befürwortet zum Schluß eine Resolution seiner Partei, die ein Reichsarbeitsamt fordert. Eine kräftige Sozialpolitik ist am besten geeignet, die Organisation der nicht sozialdemokratischen Arbeiter zu stärken und den Sozialdemokraten Abbruch zu tun. Ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen uns bei der Fortführung der Sozialpolitik kräftig unterstützen werden. (Beifall.)

Abg. Werner (Antis.): Man hat es den Beamten verboten, sich direkt mit den Abgeordneten in Verbindung zu setzen und ihnen ihre Wünsche vorzutragen. Hiergegen müssen wir doch entschieden Protest erheben. Redner fordert dann eine Beschränkung der Auswüchse der Konsumvereine und eine Regelung des Konzessionswesens, Massenkonzessionen à la Aschinger dürften überhaupt nicht mehr erteilt werden.

Abg. Lehmeier (Zentr.) klagt darüber, daß Mädchen, die heirateten oder versicherungspflichtige Arbeiter, die sich selbständig machten, häufig aus der Versicherung austräten. Hierdurch gingen Millionen den Versicherten verloren. Es wäre daher die moralische Pflicht der Beamten, diese Leute zu veranlassen, daß sie bei der Versicherung blieben. Redner klagt dann darüber, daß Hausierer und Detailreisende den seßhaften Gewerbetreibenden zu sehr Konkurrenz machten. Aber nicht nur die ansässigen Gewerbetreibenden, sondern auch das Publikum hätte den Schaden davon, denn es würde von den Hausierern und Detailreisenden nur angeschmiert. (Heiterkeit.) Es gebe 80,000 Hausierer und Detailreisende, da könnte man leicht berechnen, wie groß der Schaden sei, den sie anrichteten. (Beifall im Zentrum.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß ½6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß des Berichts der Morgenausgabe.)

Abg. Dr. Beumer (ntl.) erklärte, seine Freunde wollten gern Gastfreundschaft gegen fremde Studierende üben, diese Gastfreundschaft dürfe aber nicht auf Kosten der Deutschen geschehen. Das sei jetzt der Fall. Junge Leute aus Rußland, Galizien und anderen Kulturstaaten (Heiterkeit) würden hier in Berlin und sonst immatrikuliert, die kaum die Bildung eines Untersekundaners hätten. Diese drängten sich vermöge der ihnen angeborenen Charaktereigenschaften vor und traten den deutschen Studenten auf die Füße, sie studierten hier auf Kosten der deutschen Jugend. Er frage, ob gegenüber den Ausländern die Forderung der gleichwertigen Vorbildung erhoben werde, ob durch ein Examen oder durch den Nachweis, daß sie Abiturienten gleichwertiger Anstalten seien? Zwei Wünsche habe er. Einmal möge die Jugend mehr im Gebrauch der freien — nicht der auswendig gelernten — Rede geübt werden. Nicht als ob heute zu wenig geredet werde (Heiterkeit), es werde im Gegenteil zu schlecht, viel und lange geredet. (Heiterkeit.) Man möge ihnen, wie den Abgeordneten, das freie Reden gestatten (Heiterkeit), ja, die Geschäftsordnung des Hauses verlange es doch sogar. Die Lehrer und Direktoren gingen leider durch Verlesen ihrer Festreden den Schülern mit schlechten Beispielen voran. Er nehme an, daß es nur dieser Anregung bedürfe, denn in der Verschätzung der freien Rede stimme doch wohl der Kultusminister mit ihm überein. (Bewegung.) Die Sozialdemokratie sei in der Erziehung ihrer Jugend den bürgerlichen Schichten über. Ueberhaupt den jungen Mann in dieser Weise für geistige Aufgaben, so werde er nicht den Hauptwert darauf legen, ob er ein teilbares oder unteilbares Hemd, solche oder jene Manschetten, Schlipsmeuester Kreation habe oder nicht, sondern auf die Erfüllung der ethischen Pflichten, die er seiner Nation schulde. Sein anderer Wunsch gehe auf stärkere Förderung des Sportes an den Universitäten, Freigabe des Platzes für das Spiel. Das werde den Alkohol wirksam bekämpfen. Er wolle keine Abstinenten. Denn wer nicht liebe Wein und Gesang, der bleibe ein Narr. Den Gesang wünsche er. (Heiterkeit.) Und wenn der Vater seinen studierenden Sohn dann vom Spielplatzen abhole und mit ihm einen Humpen leere, werde er der Mutter schreiben: von Zeit zu Zeit geht ich den Alten gern. (Heiterkeit.)

Geh. Oberregierungsrat Dr. Elster entgegnete: Die Immatrikulation der Ausländer sei wie die der Inländer gegeln; nur könnten die Inländer, die nur das Einjährig-Freiwilligenexamen gemacht haben, nur in der philosophischen Fakultät immatrikuliert werden, die Ausländer in allen Fakultäten. Die freie Rede werde jetzt schon in den Seminaren der Hochschulen geübt, außerdem seien in Berlin, Königsberg u. Pr. u. a. Lektoren für den deutschen Vortrag, die Aussprache usw. angestellt, jedenfalls sei mehr als früher geschehen und man werde weiter darin fortfahren. Genau so stehe es mit Sport und Spiel.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Vgg.) tritt für Immatrikulationsfähigkeit der Volksschullehrer und stärkere Verbreitung astronomischer Kenntnisse ein, die dem Kirchentum keinen Abbruch täten, im Gegenteil erzenge die Betrachtung des Sternenhimmels große Demut.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Elster legt dar, der Ausschluß der Volksschullehrer von der Immatrikulation beruhe auf der Vorschrift, daß Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbeamte nicht immatrikuliert werden könnten. Die Vorschrift sei aus disziplinären Gründen geschaffen. Solange die Lehrer daher im Amte seien, könnten sie nur Gasthörer sein, sie würden sonst ein Ausnahmerecht bekommen.

Abg. Dr. Wagner (frk.) dankt für die Errichtung des kolonialwissenschaftlichen Lehrstuhls, dem er weitere Verbreitung wünscht, fordert für Berlin auch nichtkatheder-sozialistische Professoren und bemängelt das übermäßig hohe Einkommen der Universitätsgönner, das ihrer modernen Stellung nicht mehr entspreche; diese Stellen seien reine Pfründen.

Abg. Dr. Mugenberg (Ztr.) verlangt die Errichtung eines Lehrstuhles für soziale Medizin.

Geh. Oberreg.-Rat Dr. Elster teilt mit, die medizinische Fakultät habe das Bedürfnis nach einem solchen Lehrstuhl verneint, ja seine Errichtung widerraten. Trotzdem habe das Ministerium in Bonn und Berlin einem Professor einen Lehrauftrag für soziale Medizin erteilt, und diese Veranstaltung habe sich ansehnlich bewährt. Man werde die Frage im Auge behalten.

Abg. Eickhoff (fr. Vp.) spricht für Lehrstühle für soziale Medizin, vielleicht an den entsprechenden Akademien für soziale Medizin und nennt die Begründung des Abzugsfonds (gesammelt aus den über 3000 M. für den einzelnen Professor eingehenden Kollegiengeldern) nicht befriedigend. Die schlechter gestellten Professoren könnten anderweit entschädigt werden. Schließlich werde man die besten Professoren durch diesen ungerechten Abzug von Berlin fernhalten, und auch die anderen preußischen Universitäten würden veröden.

Geheimrat Dr. Elster erinnert daran, daß bis in die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts alle wichtigen Vorlesungen von den Professoren unentgeltlich und öffentlich gehalten werden mußten; privatim lasen damals die Professoren nur kleinere nebensächliche Materien. Erst später bürgerte es sich ein, daß auch für die wichtigen, zum Examen erforderlichen Vorlesungen Honorar verlangt wurde. Das Abzugsverfahren, das jetzt geübt werde, sei also für die Professoren weit günstiger als der ursprüngliche Zustand, und die große Mehrzahl der Professoren ist damit auch durchaus einverstanden. Der aus den Honorarabzügen angesammelte Fonds sei kein Geheimfonds, sondern sein Zweck sei ganz klar festgelegt. Keinesfalls sei das Honorarabzugsverfahren bisher irgend jemals ein Hindernis für die Gewinnung tüchtiger Lehrkräfte gewesen.

Abg. Schiffer (ntl.) weist darauf hin, daß die übrigen Bundesstaaten dem Beispiele Preußens in der Schaffung des Abzugsfonds nicht gefolgt seien. Die anderen Bundesstaaten schienen also doch diese Maßnahme nicht für zweckmäßig zu erachten, und Preußen werde nicht umhin können, falls sich wirklich Mißstände ergeben sollten, auf Abhilfe zu sinnen. Sodann befürwortet Redner die Begründung besonderer Lehrstühle für das Versicherungswesen. Einzelne Zweige des Versicherungswesens würden ja an den Universitäten gelehrt, aber es sei erforderlich, daß mehr geschehe. Es müßte wenigstens an einzelnen Universitäten für ein Studium Vorsorge getroffen werden, das einheitlich alle Versicherungszweige umfasse. Dadurch werde der mächtig aufblühenden Versicherungswissenschaft ein großer Dienst erwiesen werden, namentlich wenn sich der Unterricht nicht auf das öffentliche Versicherungswesen beschränke, sondern die Privatversicherung mit einschließe.

Geheimrat Elster erwidert, die preußischen Universitäten seien allen anderen in der Pflege des Versicherungswesens vorangegangen; an der Göttinger Universität bestehe auch bereits ein Seminar für Versicherungswesen. Die Regierung verkenne aber nicht, daß noch sehr viel mehr geschaffen kann und muß. Die Anregung des Vorredners werde also eingehend und wohlwollend geprüft werden.

Abg. Dr. Tittrich (Ztr.) bezweifelt, ob die Bildung des Honorarabzugsfonds praktisch sei und schließt sich in betreff des Versicherungswesens der Anregung des Abg. Schiffer an.

Abg. Cassel (frl. Vp.) kann sich der Besorgnis nicht verschließen, daß der Honorarabzug manche tüchtige Lehrkraft von den preußischen Universitäten fernhält.

Abg. Rosenow (Frl. Vp.) hält die Errichtung von Ordinariaten für soziale Medizin für durchaus erforderlich.

Abg. Ziesché (Ztr.) beleicht die Besserstellung der Kanzlisten und Kanzleisekretäre an den Universitäten. Für die Assistenten könne man eine besondere Gehaltsklasse einrichten.

Ein Regierungskommissar widerspricht diesem Wunsche. Die Universitäten hätten nicht genügend Arbeit für Vollkanzlisten und würden sie zum Teil mit Kanzlei-, zum Teil mit Bureauarbeiten beschäftigt. Bewährten sie sich, rückten sie in Vollstellen ein. Er bitte ferner, dem Antrage der Kommission zu folgen und die Petition der Präparatoren um Gehalts- und Rangerhöhung der Regierung nur zur Erwägung zu überweisen, nicht, wie angeregt sei, zur Berücksichtigung.

Abg. Metzger (ntl.) trägt an, ob seine Auffassung von der Immatrikulationsfähigkeit der Volksschullehrer richtig sei. Danach könne der Volksschullehrer, wenn er sein Amt niederlege, immatrikuliert werden und zwar bei der philosophischen Fakultät zunächst auf vier Semester. Die Fakultät könne diese Zeit auf sechs Semester verlängern. Eine weitere Zulassung könne der Minister genehmigen. Sei dem so? Die Gehaltsverhältnisse der Professoren seien von der Regierung durch Bezugnahme auf die Berliner Verhältnisse zu günstig dargestellt. Die meisten Extraordinarien kämen im Gehalt nicht über 4000 M. Selbst mit der Zulage aus dem Zuschußfonds kämen sie vielfach nicht über 5000 und einige Mark. Dabei müßten viele doch lebenslang Extraordinarien bleiben.

Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Elster bezeichnete die Auffassung des Vorredners über die Immatrikulation der Volksschullehrer als vollkommen richtig.

Die Erörterung schließt.

Die Petition um Gehalts- und Rangerhöhung für die Präparatoren und Konservatoren bei den Universitätsinstituten wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Eine Reihe Titel wird bewilligt.

Die Regierung wird durch Annahme eines Antrages ersucht, alljährlich in der Uebersicht von den Staats-Einnahmen und Ausgaben anzugeben, wie sich die Gesamtsumme des Tit. 12b des Kap. 119 auf die jährlichen Zuschüsse zu den Kollegienhonoraren sowie auf die Kategorien des Vermerkes verteilt.

Berichterstatter v. Spahn empfiehlt bei einem weiteren Titel die Petition des Vereinsbundes deutscher Zahnärzte um baldige Errichtung eines Neubaues für das zahnärztliche Institut in Berlin der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß auch die Regierung den Neubau für dringend wünschenswert halte.

Abg. Dr. Eckels (ntl.) bringt die Frage einer engeren zeitlichen Festlegung des Osterfestes zur Besprechung. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher: Diese Frage geht doch Berlin und diesen Etattitel nicht allein an. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Eckels (ntl.): Dann werde ich die Angelegenheit bei der dritten Beratung wieder aufnehmen.

Abg. v. Pöhlendorff-Köslin (k.) regt den Ausbau des Lehrstuhls für Kolonialrecht in einem solchen für Kolonialwesen an. Das orientalische Seminar müsse besser ausgenutzt werden. Der Konsul müsse — in der Regel — die Sprache des Landes, wo er amtiere, beherrschen und sein eigener Dolmetscher sein. Das Dolmetscher-Seminar müsse gepflegt werden.

Abg. Brütt (ft.) unterstützt die Petition der Zahnärzte. Bedenklich sei die Absicht der Regierung, die Massage-Anstalt umzuwandeln durch Verlegung des Unterrichts an die chirurgischen und medizinischen Kliniken.

Geh. Oberreg.-Rat Naumann stellt richtig, daß die Massageanstalt zwar beseitigt sei, weil sie überflüssig sei, daß aber der Massageunterricht nicht beseitigt sei, sondern an die Provinzialanstalten verlegt werde.

Abg. Dr. Keil (ntl.) führt Beschwerde darüber, daß die Hallesche Universitätsklinik ihren umfangreichen Bedarf an Arzneimitteln ständig in einer einzelnen bestimmten Apotheke decke. Das sei unbillig. Es empfehle sich die Verteilung der Aufträge auf alle Apotheken.

Ein Regierungskommissar erwidert, er wisse nicht, wie die Verhältnisse in Halle liegen. Breslau sei mit gutem Erfolge dazu übergegangen, eine eigene klinische Apotheke zu errichten.

Die Petition um Errichtung eines Neubaues für das zahnärztliche Institut in Berlin wird zur Berücksichtigung überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Kaiser Franz Josef.

Die Reise des Kaisers Franz Josef nach Prag ist nunmehr für den 15. bis 27. April festgesetzt.

Der König von Italien.

Der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni hatte gestern in Athen Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen, die den Charakter großer Herzlichkeit trugen.

Fiasko in der dänischen Frauenstimmrechtfrage.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der gemeinsame Ausschuß beider Häuser des Reichstages zur Beratung des Regierungsentwurfs betreffend die Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts für Männer und Frauen unter Anwendung des Proportionalwahlverfahrens schloß gestern nachmittag die Verhandlungen ergebnislos. Die Linke, die Reformpartei und die Freikonservativen zogen ihre während der Beratung gestellten Abänderungsanträge zurück. Bei der Wortführerwahl stimmten die Freikonservativen für den Kandidaten der Rechten, während sie bisher bei dergleichen Wahlen mit der Regierungspartei zusammen gearbeitet hatten.

König Oskar von Schweden.

Nach einer Meldung der „Magdeb. Zeitung" aus Stockholm macht sich bei König Oskar ein so bedrohlicher Kräfteverfall bemerkbar, daß der Thronwechsel für die allernächste Zeit erwartet wird.

Die russische Reichsduma.

Die Budgetkommission der Reichsduma beschloß mit allen gegen drei Stimmen, Sachverständige zu ihren Sitzungen einzuladen, bis die Duma den Artikel 44 der von der ersten Duma ausgearbeiteten und vom Senat beseitigten Geschäftsordnung umgeändert hat, der der Duma das Recht zuspricht, Sachverständige einzuladen.

Russische Agrarkolonisation.

Der russische Ministerrat hat den Entwurf des Ackerbauministers über die Einrichtung einer Sonderkonferenz wegen der Entwicklung der Kolonisation im fernen Osten gebilligt.

Die russischen Wirren.

In Petersburg wurde gestern eine Versammlung der neuen Organisation abgehalten, die den Zweck hat, den in Petersburg ansässigen Adel zu einem Verbande zusammenzuschließen. Die Versammlung beschloß, von der Regierung zu verlangen, daß den adligen Grundbesitzern Schadenersatz geleistet werde für die ihnen durch aufständische Bauern verursachten Verluste, daß die Polizei verstärkt und die Bestrafung der Agrarverbrechen verschärft werde.

Die mazedonische Frage.

Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel beschloß, auf Erledigung der Kollektivnote über die mazedonische Gendarmeriereform zu dringen.

Die Marokko-Frage.

Drei zur französischen Okkupationstruppe gehörige Eingeborene wurden in Udschda ermordet.

Roosevelt als Präsidentschaftskandidat.

Der „Magdeb. Ztg." zufolge steht fest, daß Roosevelt sich im nächsten Jahre wieder als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen wird, um zu verhindern, daß die Republikaner den Demokraten unterliegen.

Longworth, der Schwiegersohn Roosevelts, hat sich in Cincinnati für die Aufstellung der Kandidatur Tafts zur Präsidentenwahl 1908 erklärt, der seiner Ansicht nach in den Augen des Volks den Geist der Regierung Roosevelts verkörpere. Die republikanischen Mitglieder der Legislatur von Minnesota verlangen einstimmig die dritte Präsidentschaftsnominatiny Roosevelts.

Chinesische Flottenreform.

Der Organisationsplan der chinesischen Flotte soll eine jährliche Ausgabe von zwölf Millionen Taels vorsehen. Geplant ist der Bau einer Anzahl Panzerkreuzer von mäßiger Größe, einer großen Zahl von Torpedobooten und von etwa 12 Unterseebooten.

Provinzialnachrichten.

* Bitterfeld, 11. April. [Häuslicher Zwist] zwischen zwei jungen Eheleuten hatte verhängnisvolle Folgen. Die Frau, die außerordentlich empfindlicher Gemütsart ist, ergriff plötzlich in ihrer Aufregung die Petroleumflasche, überschüttete sich mit deren Inhalt, setzte ihn in Brand und stürzte sich dann, ehe der Mann den schauerlichen Vorgang begriff, die Treppe hinab. Obwohl unten Nachbarn sofort über die von Flammen umlohte Frau Tücher und Betten warfen, ist die Unglückliche doch so schwer verbrannt, daß ihr Zustand hoffnungslos erscheint.

* Wittenberg, 11. April. [Im Irrsinn.] Als am Sonntag abend ein Sohn des Hüfners Wildgrube in Piesteritz von einem Tanzvergnügen heimkehrte, bemerkte er in dem von seiner 19jährigen Schwester bewohnten Zimmer Feuerscheln. Als er mit den Eltern in die mit Rauch angefüllte Stube eindrang, lag die Tochter vollständig angekleidet auf ihrem Bette. Das Mädchen hatte seine sämtliche Leib- und Bettwäsche, sowie die bereits beschaffte Ausstattung auf einen Haufen gelegt, mit Petroleum begossen und angezündet. Da ein zugerufener Arzt Geistesgestörtheit konstatierte, wurde die Unglückliche einer Nervenheilanstalt in Halle zugeführt.

* Wittenberg, 11. April. [Gesprengter Briefkasten.] In dem am Sideingang der Post stehenden Säulenbriefkasten erfolgte am Dienstag abend um 10 Uhr eine heftige Explosion, durch die die Tür der Säule herausgeschleudert und die Briefschaften, die sich in dem Briefkasten befanden, größtenteils vernichtet wurden. Die Veranlassung zu der Explosion, vor allem ob diese ein Ausfluß von Vorsicht oder Leichtsinn gewesen ist, hat noch nicht festgestellt werden können.

* Gommern, 11. April. [Unmäßigkeit.] Unter großer Beteiligung wurde das 14jährige Mädchen Pacholsky aus der Dornburger Straße, das am selben Tage in der katholischen Kirche kommunizieren werden sollte, beerdigt. Das Mädchen war infolge des Genusses von sieben Eiern gestorben.

* Gardelegen, 11. April. [Schwarze Pocken] wurden unter den auf dem Dominium Jeschchubbe beschäftigten polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen festgestellt. Eine Arbeiterin wurde dem Kreiskrankenhause zugeführt. Alle Maßregeln sind getroffen, um die Verbreitung der Krankheit zu verhindern.

* Erfurt, 11. April. [Abgestürzt.] Am Dienstag abend stürzte der Hausmeister Helmemann von dem platten Dache der vier Stockwerke hohen Wohrenapotheke, auf dem er mit Arbeiten beschäftigt war, auf den gepflasterten Hof hinab und blieb mit zerschmettertem Schädel und gebrochenen Gliedmaßen tot liegen.

* Mühlhausen, 11. April. [Eine Versammlung der Zimmerer] beschloß einstimmig, die von den Meistern zugebilligten Lohnerhöhungen abzulehnen und ihre Forderungen durchzusetzen. Zu diesem Zwecke wurde beschlossen, in den Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070411022/fragment/page=0002

stand zu treten. Alle Gehilfen haben gestern früh in sämtlichen Geschäften die Arbeit niedergelegt.

* **Neuhaldensleben**, 11. April. [Während einer Theatervorstellung] im Saale des Gasthofs Gramenhorst in Wormsdorf explodierte ein Leitungsrohr der Azetylenanlage. Der Wirt, der gerade an den Apparaten beschäftigt war, erhielt bedenkliche Verletzungen im Gesicht. Das Maschinenhaus brannte vollständig nieder; ebenso wurden die Apparate vernichtet. Dem energischen Eingreifen der Zuschauer gelang es, den schwer gefährdeten großen Saal zu schützen.

* **Vom Brocken**, 10. April. [Witterungsbericht.] Konnte auch im allgemeinen der gestrige Tag noch als ziemlich günstig bezeichnet werden, so mehrten sich doch die Anzeichen, die auf einen vorübergehenden Witterungsumschlag hindeuteten. Die Bewölkung nahm fortgesetzt zu und der Wind drehte von Südsüdwest nach Südost herum, wobei die Windstärke eine Steigerung erfuhr. Heute früh tobte ein furchtbarer Oststurm, dabei ist der Nebel so dicht, daß man kaum fünf Schritte weit sehen kann; zuweilen gingen Graupeln und Hagelschauer herunter. Am 9. früh zeigte das Thermometer — 1,0 Grad, mittags + 4,0 Grad und abends + 1,2 Grad. Unter der Einwirkung von Nebel und Frost hatte sich heute früh eine großartige Rauhreiflandschaft gebildet. Heute vormittag 11 Uhr zeigt das Thermometer 1,0 Grad Kälte. Schneeverhältnisse von 3—4 Meter Höhe umgeben immer noch das Brockenhaus und Observatorium und geben den Touristen einen kleinen Begriff, wie schneereich der Winter war. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

* **Wernigerode**, 11. April. [Die Eingemeindung von Hasserode,] die am 1. April sich in aller Stille vollzog, fand gestern in einer ersten gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Körperschaften mit denen der bisherigen Gemeindevertretung von Hasserode ihren offiziellen Abschluß. Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Forcke wies darauf hin, daß die Sitzung wohl die wichtigste sei, die seit dem Bestehen der beiden Gemeinden abgehalten wurde, da in ihr die lange erstrebte Vereinigung zweier durch ihre örtliche Lage und die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen aufeinander angewiesenen Ortschaften zum sichtbaren Ausdruck gelange. Der Erste Bürgermeister Ebeling führte die neuen Vertreter unter Hinweis auf den früher in Hasserode geleisteten Eid als Stadtverordnete ein. Zum besoldeten Stadtrat wurde dann der ehemalige Hasserödder Gemeindevorsteher Großhoff, zum unbesoldeten der ebenfalls von der Gemeindevertretung von Hasserode vorgeschlagene Rentier Forster gewählt. An die Sitzung schloß sich im Hotel „Weißer Hirsch" ein Festessen an.

* **Nordhausen**, 11. April. [Der Malerstreik] ist beendet, und zwar sind die Forderungen der Gehilfen annähernd bewilligt. Die Einigung erfolgte auf der Grundlage eines Tarifs von 38 Pfg. Minimalstundenlohn und 3 Pfg. Aufschlag für höher gezahlte Löhne.

* **Worbis**, 11. April. [Ueber das Grubenunglück auf Kaltbergwerk „Neubleichenrode"] werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Der aufgehende Förderkübel mit ca. zwölf Zentnern „Gebirge" schlug oben auf der Bühne im Fördertrum um und die Gesteinsmassen stürzten in den rca. 80 m tiefen Schacht hinab auf die unten arbeitende Drittelmannschaft, bestehend aus sechzehn Mann. Hätte sich der Kübel beim Umkippen nicht eingeklemmt, so wäre der ganze Inhalt in die Tiefe gegangen und das Unglück noch viel größer gewesen. Die Drittelmannschaft verunglückte mit Ausnahme von zwei Mann. Zwei Bergleute wurden lebensgefährlich verletzt, unter ihnen der im Winter schon einmal verunglückte Bergmann Schlüter aus Hohnstedt (Kr. Worbis), die übrigen zwölf haben leichtere Verletzungen davongetragen.

* **Heiligenstadt**, 11. April. [Vom Schnellzuge zermalmt] wurde gestern nacht zwischen den Stationen Hedemünden und Münden eine noch unbekannte Frau. Welche Beweggründe sie in den Tod getrieben, war noch nicht zu ermitteln.

— [Ordensverleihungen.] Verliehen wurde: Den Lehrern Wilhelm Büchner zu Deitzich und Wilhelm Hühne zu Olbrhim im Kreise Meisungen der Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern; dem Bezirksfeldwebel, Bataillonsmeister Ernst Wirth zu Kustrena im Saalkreise das Allgemeine Ehrenzeichen.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirke des IV. Armee-Korps.] Der Tag der Einberufung bleibt vorbehalten: Halle (Saale), Königl. Eisenbahndirektion, für den Gruppenbezirk Erfurt, Halle (Saale) und Posen, der Dienstort wird bei der Einberufung bestimmt, zwei Stationsdiener; Bewerber dürfen das vierzigste Lebensjahr nicht überschritten haben und müssen ein ausreichendes Hör-, Seh- und Farbenunterscheidungsvermögen besitzen; Probezeit sechs Monate, nach deren Ablauf die Prüfung zum Stationsdiener abgelegt werden muß; nach bestandener Prüfung auf einmonatige Kündigung; zunächst 900 M. diätarische Jahresbesoldung, bei der Anstellung als etatsmäßiger Stationsdiener 900 M. Jahresgehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß (jährlich 108 bis 360 M.) oder Dienstwohnung, das Jahresgehalt der etatsmäßigen Stationsdiener steigt von 900 bis 1200 M.; der Bewerbung sind beizufügen: ein beantwortender Fragebogen, ein von einem Bahnarzt der Staatseisenbahnverwaltung oder von einem Staatsmedizinalbeamten ausgestelltes Zeugnis und die im Fragebogen bezeichneten Ausweise; Vordrucke zum Fragebogen und zum ärztlichen Zeugnis sind von dem Zentralbureau der Königlichen Eisenbahndirektion zu erbitten. — 1. Juli 1907: Gernrode (Harz), Magistrat, Bureauassistent; Probezeit drei Monate; auf dreimonatige Kündigung; 1200 M. jährlich; die Stelle ist nicht pensionsberechtigt, die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung werden von der Stadtkasse getragen. — 1. Juli 1907: Brauchbörnecke, Amts- und Gemeindeverwaltung, 1. Schutzmann und Vollziehungsbeamter; Bewerber muß mindestens 1,70 m groß sein; Probezeit sechs Monate; auf dreimonatige Kündigung; 950 M. Gehalt, Dienstwohnung im Werte von 120 M., Kleidergelder 80 M., Nebeneinnahmen ca. 100 M., das Gehalt steigt alle drei Jahre um je 50 M. bis zum Höchstgehalt von 1200 M.; die Stelle ist pensionsberechtigt, Bewerber, welche die Polizeischule besucht oder mehrjährige praktische Tätigkeit im Polizeidienste erlangt haben, werden bevorzugt.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirke des XI. Armee-Korps] 1. Juli 1907: Auma, Kaiserl. Postamt, Landbriefträger; zunächst auf dreimonatige Kündigung, später auf Lebenszeit; 800 M. Gehalt und 108 M. Wohnungsgeldzuschuß, das Gehalt steigt bis 1000 M.; Bewerbungen sind an die Kaiserl. Oberpostdirektion in Erfurt zu richten. — 1. Juli 1907: Erfurt, Kaiserl. Postamt, Postschaffner; Probezeit sechs Monate; zunächst auf dreimonatige Kündigung, später auf Lebenszeit; 900 M. Gehalt und 270 M. Wohnungsgeldzuschuß, das Gehalt steigt bis 1500 M. jährlich; Bewerbungen sind an die Kaiserl. Oberpostdirektion in Erfurt zu richten. — Sofort: Eschwege, Magistrat, Kämmereigehilfe; Probezeit bis ein Jahr; auf Lebenszeit; 3000 M. Kaution, die nicht durch Gehaltsabzüge gedeckt werden kann; während der Probezeit 1200 M. jährlich, nach erfolgter Anstellung 1200 M. Grundgehalt und 10 Proz. des jeweiligen Gehalts als Wohnungsgeldzuschuß, das Gehalt steigt von 3 zu 3 Jahren achtmal um je 100 M.; die Stelle ist pensionsberechtigt. — Alsfeld: Gotha, Stadtrat, zwei Schutzleute; Bewerber dürfen nicht über 30 Jahre alt und müssen größer als 1.75 m sein; Probezeit sechs Monate; nach der Probezeit auf dreimonatige Kündigung, nach fünfjähriger vorwurfsfreier Dienstzeit auf Lebenszeit; Anfangsgehalt 1200 M. und 90 M. Beleuchtungszulage jährlich, das Gehalt steigt bis 1700 M., wenn Leistungen und Führung befriedigen; die Stelle ist pensionsberechtigt.

* **Cöthen**, 11. April. [Einen tödlichen Verlauf] nahm für einen Beteiligten, den 24 Jahre alten Arbeiter Wilh. Behr von hier, eine Schlägerei, die sich in der Nacht vom 1. zum 2. April auf dem Heinrichsplatze abspielte. Behr wurde angeblich mit dem Seitengewehr eines in die Mauserei verwickelten Soldaten derart über den Kopf geschlagen, daß ein Schädelbruch eintrat, an dem Behr eine Woche später im hiesigen Krankenhause starb.

* **Sonneberg**, 11. April. [Ueberfall.] In einer Bodenkammer des Restaurants „Kaiser Friedrich" wurde gegen Mitternacht der Handelsmann Hutter von seinem Schlaf- und Geschäftskollegen Emig, der seit einigen Tagen an Geistesgestörtheit leiden soll, im Bett überfallen und durch mehrere Messerstiche in den Hals schwer verletzt. Hutter rettete sich in das Restaurationszimmer, während Emig die Kammer verschloß; als diese gewaltsam geöffnet wurde, stieg er auf das Dach, weshalb die Polizei ihn am Morgen um 6 Uhr festnahm. Die Verletzungen des Hutter sollen nicht lebensgefährlich sein.

* **Kahla**, 11. April. [Durch Messerstiche] wurde bei einer Streiterei wegen eines Mädchens in Unterbodnitz der 24jährige Sohn des Gastwirts Hädrich schwer verletzt.

* **Coburg**, 11. April. [Die Porzellanfabrik Kortendorf] kündigte sämtlichen organisierten Arbeitern und gab ihnen anheim, andernfalls aus dem Verbande auszutreten.

* **Belzig**, 11. April. [Mühlenbrand.] Gestern ging die Mittelmühle in Flammen auf. Die Feuerwehr war bald auf der Brandstelle und beschränkte das Feuer auf seinen Herd. Die Mittelmühle war schon alt.

* **Dresden**, 11. April. [Mordversuch.] Der 20jährige Gutsbesitzerssohn Richard Zimmermann verübte auf die bei seinen Eltern im Dienste stehende 22jährige Rosa Preßich, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, das nicht ohne Folgen blieb, mehrfach Mordversuche. Am Sonntag abend lockte er das Mädchen an einen kleinen Teich in der Nähe des elterlichen Gutes. Dort stieß er seine Geliebte in das Wasser und als sie wiederholt versuchte, sich zu retten, stieß er mit seinen Stiefeln auf sie ein und drängte sie wieder in den Teich zurück. Dem bedauernswerten Mädchen gelang es schließlich, das Ufer wieder zu gewinnen. Der Bursche ließ nun aus Furcht vor der Entdeckung von seinem Opfer ab und wandte sich zur Flucht, nachdem er noch das Mädchen bis zum elterlichen Gehöft begleitet und es gebeten hatte, nichts von dem Vorgange zu sagen. Seitdem ist er spurlos verschwunden.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht.

el. **Halle**, 10. April.

Zwei hiesige Drogisten hatten in ihren Drogenhandlungen Eisenpräparate feilgehalten, der eine vier verschiedene Mischungen, der andere eine sogen. Eisenkraftessenz. Bei einer Revision waren die Präparate beanstandet worden, weil sie als Heilmittel anzusehen seien und daher nach der kaiserl. Verordnung vom 22. Oktober 1901 nur in Apotheken verkauft werden dürften. Die beiden Drogisten hatten infolgedessen Strafbefehle erhalten, gegen die sie gerichtliche Entscheidung beantragt hatten. Ihre Verteidigung machte folgendes geltend: der in den beanstandeten Präparaten enthaltene Eisenstoff sei allerdings an sich für den freien Verkauf verboten, aber durch seine Zusammensetzung mit andern Stoffen entstehe ein neues Präparat. Derartige Zubereitungen seien nach einer Entscheidung des Kammergerichts nicht ohne weiteres dem freien Verkehr entzogen. Sowohl in Laien- wie in Medizinerkreisen sei es bekannt, daß der Verkauf gewisser Stoffe, wie z. B. Chinin, an sich zwar verboten, in Zubereitungen aber gestattet sei. Außerdem komme es zur Entscheidung der Frage sehr wesentlich darauf an, ob die beanstandeten Präparate auch wirklich als Heilmittel verkauft worden seien. In den vorliegenden Fällen sei das nicht geschehen: sämtliche Präparate seien ausdrücklich nur als Nahr- und Stärkungsmittel abgegeben worden. Zu technischen Zwecken dürften ja an sich verbotene Stoffe gleichfalls verwandt und verkauft worden. Ferner gebe es Präparate, wie Hämatogen, Somatose, ja sogar Eisenschokolade, die ebenfalls Eisen enthielten, ohne deshalb dem freien Verkehr entzogen zu sein. Gegen diese Rechtfertigungsgründe führte der als Sachverständiger geladene Kreisphysikus Geh. Sanitätsrat Dr. Rissel zur Widerlegung an: in den letztgenannten Präparaten sei Eisen nur in ganz geringen Mengen enthalten; dagegen seien solche Präparate, die, wie die beanstandeten, Eisen als wesentlichen Bestandteil enthielten, zweifellos als Heilmittel anzusehen. Eisen wirke nach Erfahrung des Laien wie des Arztes auf die Blutbildung; eine andere Wirkung komme ihm nicht zu. Es könne nur solche Zustände beeinflussen, in denen Mangel an Blutfarbkörpern obwalte, aber alle solche Zustände seien krankhaft. Nur gegen diese könne Eisen kräftigend und bessernd wirken, sonst aber sei es absolut kein Nahr- und Stärkungsmittel. Ueberdies komme es nach einer Reichsgerichtsentscheidung bei der Bestimmung des Begriffs „Heilmittel" nicht auf die subjektive Bestimmung des Verkäufers an, sondern lediglich auf die objektive wissenschaftliche Bewertung. Ein Präparat, das die charakteristischen Eigenschaften und Bestandteile eines Heilmittels enthalte, falle damit auch unter die für Heilmittel durch die Verordnung von 1901 erlassenen Bestimmungen und Beschränkungen, gleichviel, welchen Namen und Zweck der Verkäufer verwende. — Der andere Sachverständige, Apotheker Dr. Nummel, erklärte den Verkauf der Präparate deshalb für verboten, weil auch der Verkauf des in ihnen enthaltenen Eisenstoffes durch die mehrerwähnte Verordnung verboten sei. Durch den Einwand, durch Zusammensetzung des an sich verbotenen Stoffes mit andern unverbotenen entstehe ein neues und daher frei verkäufliches Präparat, würden sich die Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung aufs bequemste umgehen lassen und schließlich jeder verbotene Stoff durch irgendwelchen Zusatz wieder in den freien Verkehr gebracht werden können. — Der Gerichtshof schloß sich dem Gutachten der beiden Sachverständigen an und verwarf daher den Einspruch der Drogisten, jedoch mit Ermäßigung ihrer Polizeistrafen auf je drei Mark.

Vom Kammergericht.

(Nachdruck verboten.) m. **Berlin**, 10. April.

Die Frage, ob ein Bau erst mit den Maurerarbeiten oder schon mit den Ausschachtungsarbeiten beginnt, war sehr umstritten, ist aber jetzt vom höchsten Strafgericht im Königreich Preußen endgültig entschieden worden. Ein Baumeister G. aus Halle war auf Grund einer Polizeiverordnung angeklagt worden, weil er mit den Ausschachtungsarbeiten für einen Neubau ohne polizeiliche Erlaubnis begonnen hatte. G. behauptete aber, die Ausschachtungsarbeiten gehören weder zu den Bauarbeiten, noch zu den Fundamentierungsarbeiten; er sei daher nicht verpflichtet gewesen, für die Ausschachtungsarbeiten eine polizeiliche Erlaubnis einzuholen. Die Strafkammer sprach den Angeklagten auch frei. Diese Entscheidung focht die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an, das unter Aufhebung der Vorentscheidung die Sache an das Landgericht zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung zurückwies, indem es mit der Staatsanwaltschaft annahm, daß zu den genehmigungspflichtigen Bauarbeiten auch die Ausschachtungsarbeiten zu rechnen sind, die bisweilen nicht weniger gefährlich als die Hochbauarbeiten seien.

Reichsgericht.

Spionageprozeß Barthmann (Schluß).

Dresden, 10. April. Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit der Verhandlung plädierte der Staatsanwalt, der erklärte, der Angeklagte habe sich des Versuchs eines Verbrechens gegen Paragraph 3 des Spionage-Gesetzes und bezüglich eines Punktes des vollendeten Verbrechens schuldig gemacht. Der Verteidiger bestritt dies und plädierte auf Freisprechung. Der Angeklagte stelle in einem Schlußworte jegliche Schuld in Abrede. Das Reichsgericht sprach den Angeklagten frei mit der Begründung, daß die Absicht des Angeklagten, militärische Geheimnisse zu verraten nicht nachgewiesen sei.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle N. (Burgstr. 38), 9. u. 10. April.

Aufgeboten: Schmied Philipp Giehm u. Berta Aleck (Seydlitzstraße 4 u. Jüterbog).

Eheschließung: Bäckermstr. Oskar Zimmermann u. Martha Stetz (Torstr. 20 u. Gr. Gosenstr. 12).

Geboren: Inv. Maurer Karl Wockwitz T., Frieda (Wasserweg 3). Geschäftsführer Heinrich Schwarz T., Selma (Geiststraße 27) Hilfsbahnwärter Friedrich Hoffmann T., Frieda (Brachwitzerstr. 4). Buchbinder Max Vorholz S., Kurt (Schulberg 18). Modelltischler Hermann Wolschendorf T., Charlotte (Petersbergstr. 3). Diplom-Ingenieur Eugen Pietschmann T., Gerda (Goethestr 34).

Gestorben: Laufbursche Karl Möller, 15 J. (Gr. Steinstr. 48) Dienstmädchen Anna Schreiber, 17 J. (Friedenstr. 31).

Standesamt Halle S. (Steinweg 2), 10. April.

Aufgeboten: Kaufmann Charles Petersen und Elisabeth Grimer (Paradeplatz 1a und Mittelstr. 10). Apotheker Ernst Hirschfeld und Hedwig Werkel (Jerichow und Steinweg 38). Brauer Hugo Möller und Liddy Kretschmar (Weißenfelsstr. 35).

Eheschließungen: Steinmetz Paul Pape und Emma Wiedlig (Merseburgerstr. 100). Hilfsheizer Paul Heuer und Anna Henschel (Bruckdorferstr. 2 und Delitzscherstr. 90). Arbeiter Otto Göze und Emma Stöbel (Illenstr. 5). Buchhalter Paul Brömme und Otilie Modde (Parkstr. 20 und Merseburgerstr. 150). Lithograph Max Hetzel und Minna Hüthel (Schülershof 12).

Geboren: Kesselschmied Albert Kirsten S., Kurt (Schülershof 16). Kaufmann Friedrich Keßler S., Wilhelm (Thielenstr. 4). Drechsler Max Schnabel S., Kurt (Dieskauerstr. 11c). Arbeiter Ferdinand Bergmann S., Rudolf (Beesenerstr. 5). Arbeiter Ernst Helmert T., Frieda (Trebel 4). Restaurateur August Meinhövel S., Heinrich (Dieskauerstr. 11d). Kaufmann Oskar Ludwig T., Annalieke (Alte Promenade 1b). Schuhmacher Franz Seeburg Zwillinge, Artur und Rosa (Schlosserstr. 14). Fleischermeister Richard Rehse T., Ilse (Mansfelderstr. 28).

Gestorben: Arbeiter Wilhelm Alsleben, 68 J. (Zwingerstraße 28). Bahnarbeiters Otto Pozold Ehefrau Emma geb. Schrecker, 30 J. (Klinik). Arbeiters Wilhelm Dürrenberg Ehefrau Auguste geb. Cobicke, 41 J. (Klinik). Fabrikarbeiters Ernst Kutzsch T. Else, 2 J. (Torstr. 28). Witwe Therese Schöne geb. Jülig, 58 J. (Kl. Schloßgasse 4). Oekonom Ernst Fuß, 80 J. (Torstr. 15).

Auswärtige Aufgebote.

Fleischermeister Richard Brendel und Alma Löfer (Halle u. Sotterhausen). Büffetier Gottfried Lehmann und Elisabeth Wolf (Halle und Radewell). Ingenieur Hermann Opitz und Johanne Gothe (Halle und Schweidnitz). Bergmann Heinrich Wölcer und Lulie Lüdecke (Klostermansfeld). Prov. Feuer-Sozietätsassistent Ferdinand Dahn und Minna Henning (Merseburg und Halle). Schauspieler Magnus Weiß und Rosa Hand (Stettin). Bahnarbeiter Franz Maerki und Linna Ilm (Halle und Tilleda).

Wetter-Aussichten.

(Auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.)

(Nachdruck verboten.)

12. April: Wolkig, meist bedeckt mit Strichregen, kühl.
13. April: Wolkig mit Sonnenschein, normal, meist trocken.

Meteorologische Station zu Halle.

	10. April 9 Uhr abends	11. April 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	749,9	749,9
Thermometer Celsius	4,7	1,3
Rel. Feuchtigkeit	68 %	70 %
Wind	NO 3	NO 3

Maximum der Temperatur am 10. April: 8,5° C.
Minimum in der Nacht vom 10. zum 11. April: 1,3° C.
Niederschläge am 11. April 7 Uhr morgens: 0,9 mm.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beutlner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Bloch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten. —

45 Pfd. bestes Rindfleisch = 1 Pfd. Armour's Fleischextract

Dunkel von Farbe. — Stark konzentriert — Besitzt den Wohlgeschmack des Fleisches.

Die ständige staatliche Kontrolle der Fabrikation bietet eine sichere Garantie für die Güte und Reinheit des Produktes.

Senden Sie uns eine Staniolkapsel unseres Fleischextraktes und wir senden Ihnen ein Kochbuch mit ausgewählt. Rezepten, verfasst von Frau Lina Morgenstern gratis und franko. Armour & Co. Ltd. Hamburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070411022/fragment/page=0003

Dampf-, Sool- u. Wannenbäder,
Dr. Drechslers
Lohtannin-, Fichtennadel- und Moorbäder.
Kohlensäurebäder.
Nur Einzelzellen.

Schuricks Anstalt für Naturheilkunde.

Telephon 2389. ● **Halle a. S.**, Hochstrasse 11—17.
Geöffnet von morgens bis abends für Damen und Herren.
Sonntags bis Mittag.

Bei Frauenkrankheiten, als Knickungen, Senkungen, Migräne usw.
gute Heilerfolge
durch Thure-Brandt-Massage und -Bäder.

Stadttheater Halle a/S.

Freitag den 12. April 1907
203. Abonn.-V. 3. V. Umtausch. ungültig.

Salome.

Musikdrama in 1 Aufzug von R. Strauß.

Personen.

Herodes	R. Gogl
Herodias	L. Stoll
Salome	E. Fiedler
Jokanaan	E. Birkstingshaus
Narraboth	J. Königer
Ein Page des Herodias	B. Grimm
Fünf Juden	Fr. Grusselli, W. Pätzow, A. Landory, R. Wetzer, A. Armann
Zwei Nazarener	E. Habich, Th. Rowen
Zwei Soldaten	A. Lüttjohann, M. Burkholz
Ein Kappadozier	H. Patsche
Ein Sklave	L. Mathes.

Schauplatz der Handlung:
Eine große Terrasse im Palast des Herodes.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Neues Theater

Direktion: F. M. Mauthner

Freitag **BENEFIZ** Marie Karsten.
„Johannisfeuer."
Sonnabend 8. 47. **Husarenfieber.**

Süssmilch's Walhalla-Theater.

Jeden Abend
Elite-Specialitäten Vorstellung.
Siehe Plakatsäulen!
An den Wochentagen:
Saal 65 Pf., Galerie 35 Pf.
Vorverkauf gültig.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller.

Nur noch **kurze Zeit!**
Gastspiel des weltberühmten italienischen Verwandlungs-Schauspielers
Constantino Bernardi.
Eigene Dekorationen.
Blendende Lichteffekte.
Bernardi
muß man gesehen haben!
Bernardi
wird von der gesamten europäischen Presse bezeichnet als
Phänomen
des XX. Jahrhunderts.

Auswärtige Theater.

Freitag den 12. April 1907.
Altenburg. Hoftheater: Husarenfieber.
Dessau. Hoftheater: Der letzte Brief.
Erfurt. Stadttheater: Mütter.
Gotha. Hoftheater: Nathan der Weise.
Leipzig. Neues Theater: Die vier Grobiane. Hierauf: Der Karneval in Venedig. — Altes Theater: Künstlerblut. — Leipziger Schauspielhaus: Monna Vanna. — Neues Operetten-Theater (Central-Theater): Monte Carlo.
Magdeburg. Stadttheater: Tristan und Isolde.

Kaiser-Panorama,

Gr. Ulrichstr. 6, I.
Wilhelmshaven
und unsere Marine.

Privat-Tanzunterricht erteilt ungeniert zu jeder Zeit Ad. Fröbe, L. Wuchsenstr. 40 p.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Sonnabend, den 13. April 1907
zum Besten der Pensionskasse des Stadt-Theaters

Ein Garten-Fest bei der lustigen Witwe.

Vorstellung bunten Inhalts, u. a.: **Die schöne Galathé**, Operette von Suppé, **Konzert-Einlagen** unter Mitwirkung des gesamten Personals!! **Lieder-Vorträge: Walter Soomer** (Leipzig), **Leopold Demuth** (Wien), **Emmy Destinn** (Berlin). **Geraldine Farrar** (Berlin)!! **Traum eines Hallenser Backfisches. — Die lustige Witwe in ihrer 2. Ehe.** (Fortsetzung der Operette) u. v. a. m.

Würfelbude, Sektzelt, Würfelbude, Bierbüfetts ꝛc. ꝛc. mit festgesetzten Preisen.

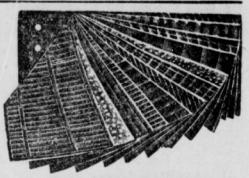
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Anzug: Frühjahrs- oder Gesellschaftstoilette.

Preise der Plätze:

Prosz.-Loge	6.—	Parkett	3.—	II. R. H.	—.75
I. Ra. Balkon	4.—	Parterre	2—	II. L. R.	—.50
Loge	5.—	II. R. B.	1.50	III. R.	1.—
Orchester	4.—	II. R. Loge	1.50	Gallerie	—.50

Zuzahlung vom II. Rang nach den unteren Räumen 1 Mk.



Saison-Neuheiten
in großer Auswahl bietet wieder zu bekannt mäßigen Preisen das
Herren-Garderobe-Maßgeschäft
von
Ernst Tyrroff,
Halle a. S., Poststraße 18, zwischen Land- und Amtsgericht.

Gutes haltbares Gummiband für Strumpfbänder kauft man bei **H. Schnee Nachf.**, Gr. Steinstr. 84.

Zool. Garten

Freitag, den 12. April
Grosses Konzert,
ausgeführt vom Orchester des
Füs.-Regts. Nr. 36.
(Leitung: Herr Kgl. Musik-Dir. O. Wiegert.)
Anfang 3½ Uhr.
Eintrittspreis:
Erw. 60 ₰. Kinder 30 ₰.

Kinderwagen und Sportwagen

kaufen Sie am vorteilhaftesten im Spezialgeschäft von
Theodor Lühr, Leipziger Straße 94.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

S. Roeder's Bremer Börsenfeder

seit nahezu 40 Jahren bekannt u. weltberühmt als **beste Schreibfeder.**
Man schützt sich vor minderwertigen Nachahmungen **nur**, wenn man beachtet, dass **jede Feder den Namen S. Roeder trägt.**

Folgende **gebrauchte**, aber tadellos erhaltene **Werkzeugmaschinen** zu niedrigen Preisen lieferbar:
1 **Horizontal-Bohr- u. Fräswerk**, 120 mm Spindelstärke, mit vertikal und horizontal beweglicher Spindel, drehbarem und längs- und querbeweglichem Tisch mit Setzstock, ca. 17 ts. schwer,
1 **Horizontal-Bohr- und Fräswerk**, 1800 mm Entfernung zwischen Spindel und Lünettensetzstock, 1100 mm Bohrspindelverschiebung mit auf- und abwärts beweglichem Tisch und horizontal beweglicher Spindel;
1 **Radialbohrmaschine**, 1 **Horizontal-Doppelfräsmaschine**, diverse Drehbänke und Bohrmaschinen, wenig gebraucht, aber noch gut erhalten, sofort ab Lager Halle a. S. lieferbar.
Gefl. Anfragen erbeten unter **8202 R.** an die Expedition dieser Zeitung.

HEINRICH LANZ, MANNHEIM.

LOKOMOBILEN, fahrbar und stationär, für
Satt- u. Heißdampf
D. R. P.

Bewährte Konstruktion!
Mailand 1906: Grand Prix.
Filiale: BERLIN W. 8., Friedrichstr. 186.
Ueber 18000 Stück verkauft.

So lange Vorrat offeriere:
2 Pfd.-Dose Kohlrabi 30 ₰, bei 5 Dosen 28 ₰,
2 Pfd.-Dose Spinat 50 ₰, bei 5 Dosen 48 ₰,
2 Pfd.-Dose Braunkohl 35 ₰, bei 5 Dosen 33 ₰,
2 Pfd.-Dose gewürf. Karotten 33 ₰, bei 5 Dosen 31 ₰,
2 Pfd.-Dose junge Karotten 45 ₰, bei 5 Dosen 43 ₰,
Stangenspargel 2 Pfd.-Dose 124 ₰, bei 5 Dosen 120 ₰.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.
A. Trautwein, Große Ulrichstraße Nr. 31. Telephon 2530.

NEU! **Flüssige Eisen-Somatose** NEU!
(Somatose mit Eisen in organischer Bindung.)
wird besonders für
Bleichsüchtige
ärztlich empfohlen.
Hervorragend appetitanregend und nervenstärkend.
Erhältlich in Apotheken und Droguerien.

Naturheilverein I Halle-Giebichenstein.

Sonnabend den 13. April 1907, abends 8 Uhr in den **Thalia-Festsälen**
Stiftungsfest,
bestehend aus **Konzert, Theater** und **Ball.** Freunde und Gönner ladet hiermit höflichst ein **Der Vorstand.**

Ballenstedt HARZ Sanatorium

v. **Dr. Max Rosell**, fr. Ass. Arzt b. **Dr. Lahmann.**
Luft- und Sonnenbäder, Wasserheilverfahren; elektr. und Lichtbäder; Kohlensäure-, Sand- und Fangobäder; Massage, vollst. heilgymn. Zanderinstitut. Diätkuren. 90 Betten, herrl., milde, regen- u. nebelarme Lage. **Prosp. frei.**

Neue Hendel-Bände

Bibliothek der Gesamt-Literatur
Nummer 2018—2027.

Paul Gerhardt, Geistliche Lieder.

Mit einer Vorbemerkung von Dr. Arthur Bloch und dem Bilde des Dichters.

Aus Anlaß der Paul Gerhardt-Feier, die in diesem Jahre in allen evangelischen Landen gefeiert ist, sind die **„Geistlichen Lieder"** in unserer Bibliothek der Gesamtliteratur soeben erschienen. Diese wohlfeile und doch schöne Ausgabe enthält **sämtliche religiöse Dichtungen** Gerhardts, soweit sie uns erhalten sind, in ihrer ursprünglichen Form. Neben Luther der gewaltigste Kirchenlieder-Dichter, hat uns Gerhardt mit einer ganzen Reihe der herrlichsten Lieder beschenkt, von denen „Befiehl du deine Wege", „Nun ruhen alle Wälder", „O Haupt voll Blut und Wunden", „Ich weiß, daß mein Erlöser lebt", „Wach auf, mein Herz und singe" die bekanntesten sind. Aber auch eine große Anzahl der übrigen Gedichte — im ganzen sind es 131 — verdient es, Gemeingut der Nation zu werden, und dazu wird die vorliegende billige Ausgabe beitragen.

Brosch. 1 ℳ, in Leinenband 1 ℳ 25 ₰, in eleg. Geschenkband mit Goldschnitt 2 ℳ.

Gudrun.

Uebersetzt von Karl Simrock.
Mit einer Vorbemerkung.

Gudrun, dieses große Epos aus dem Sagenkreis der Nordsee, das hohe Lied von der Treue, wird recht bezeichnend auch wohl „Die Nebensonne der Nibelungen" genannt; es bildet gewissermaßen ein Seitenstück zum Nibelungenliede. Die hier vorliegende treffliche Simrockische Gudrun-Uebersetzung, die einer weiteren Empfehlung ja nicht bedarf, schließt sich dem unlängst in unserer „Bibliothek der Gesamtliteratur" erschienenen Nibelungenliede in der Ausstattung ganz an und darf derselben weiten Verbreitung sicher sein, wie dieses.

Brosch. 75 ₰, in Leinenband 1 ℳ, in Geschenkband 1.50 ℳ.

Anastasius Grün, Gedichte.

Mit einer Vorbemerkung von Dr. Arthur Bloch und dem Bilde des Dichters.

Unter den Zeitgenossen Freiligraths, dessen Gedichte die letzte Serie unserer „Bibliothek der Gesamtliteratur" brachte, nimmt Anastasius Grün (Anton Graf von Auersperg) eine hervorragende Stelle ein. Beide Dichter, die das Recht der politischen Poesie für sich in Anspruch nehmen, waren gleich beseelt von dem Verlangen nach politischer und geistiger Freiheit. Zwar die Glut und Farbenpracht der Schilderungen, wie sie den Freiligrathschen Dichtungen eigen ist, hat Grün nicht zu erreichen vermocht, doch ist er vermöge seiner dichterischen Eigenart als bahnbrechender Führer einer neuen, speziell österreichischen Schule zu betrachten.

Brosch 0.75 ℳ in Leinenband 1.00 ℳ, in feinem Geschenkband mit Goldschnitt 1.75 ℳ.

Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen, in denen auch vollständige Kataloge der „Bibliothek der Gesamtliteratur" unentgeltlich zu haben sind.

Halle a. S. **Otto Hendel Verlag.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070411022/fragment/page=0004